

# «Cornelia Gassner hat ein wesentliches Stück Geschichte geschrieben»

**Andenken** Die Fortschrittliche Bürgerpartei trauert um Altregierungsrätin Cornelia Gassner, die in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag verstorben ist.

Eine heimtückische Krankheit hatte sie schon vor Monaten aus dem Alltag gerissen und zu einem längeren Spitalaufenthalt sowie Rehabilitation gezwungen. Liebevoll umsorgt von ihrem Mann Arthur, den drei Kindern und dem weiteren familiären Umfeld kämpfte sie sich mit bewundernswertem Selbstdisziplin Stück um Stück zurück, doch nun versagten die Kräfte.

## Erste Frau in der Regierung

Cornelia Gassner hat für die Fortschrittliche Bürgerpartei und für Liechtenstein ein wesentliches Stück Geschichte geschrieben. Nach den Wahlen 1993 trat sie in die Regierung ein, als erste Frau in der Geschichte Liechtensteins, die mit diesem Amt betraut wurde. Allen Zeitgenossen, die immer noch gewisse Vorbehalte gegen den Einbezug von Frauen in höchste Staatsämter hegten, trat die erste Regierungsrätin mit engagiertem Auftreten und mit Dossierfestigkeit entgegen. Nicht das Ressort Soziales, das in der Meinung vieler auf Frauen zugeschnitten war, übernahm sie in der Regierung. Vielmehr führte sie in den Jahren 1993 bis 1997 mit hohem Einsatz die Ressorts Bauwesen und Verkehr, einschliesslich Post und Telekommunikation. Also ein weitgehend technischer Aufgabenbereich, in den sich die Juristin schnell einarbeitete und mit der Umsetzung verschiedener Projekte einige Akzente setzen konnte. Im Mittelpunkt ihrer politischen Überzeugung stand, die einzel-

nen Positionen sorgfältig abzuwägen, bevor man sich eine eigene Meinung bildet.

«Politik ist ein Kampf um die beste Lösung», sagte sie einmal in einer Rückschau auf ihre politische Karriere. Nach dieser Überzeugung führte Cornelia Gassner ihre zwei Ressorts, in denen es auch galt, Weichen für die Zukunft zu stellen. Erwähnt seien hier, stellvertretend für viele andere Beispiele, die Verkehrspolitik Unterland und die Vorbereitung der staatlichen Bauten im Regierungs- und Museumsviertel in Vaduz. Um eine grenzüberschreitende Lösung für die Verkehrsprobleme von der Grenze in Schaanwald bis zu den Rheinbrücken in Bendern und Schaan zu finden, setzte sie sich mit den Amtskollegen in Vorarlberg und St. Gallen zusammen und eröffnet damit den verkehrspolitischen Dialog mit den Nachbarn. Vorausschauend plante sie auch die «Kulturmeile» in Vaduz, die nach den damaligen Vorstellungen in ein integrales Regierungs- und Museumsviertel eingefügt werden sollte. In die Zukunft gerichtet war auch der Umbau und die Neuausrichtung der Telefonzentrale in Vaduz, was deswegen notwendig wurde, weil Liechtenstein als erstes Land in Europa ein voll digitalisiertes Telekommunikationsnetz erhielt.

**Gefragte Persönlichkeit**  
Den Grundstein für ihre berufliche und politische Karriere hatte Cornelia Gassner mit dem Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck

gelegt, die sie 1984 mit dem Doktorat abschloss. Es folgte eine wirtschaftliche Ausbildung an der London School of Economics, bevor sie während zehn Jahren als Mitarbeiterin in einem Anwalts- und Treuhandbüro tätig war. Nach Beendigung ihrer Regierungszeit machte sie sich selbstständig, arbeitete zuerst als Treuhänderin und anschliessend als Rechtsanwältin, deren bevorzugte Rechtsgebiete das Zivilrecht, Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht sowie Verwaltungsrecht waren. Trotz Beruf und Familie stellte sie sich immer wieder für politische und gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung, war beispielsweise im Verwaltungsrat der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland, präsidierte die Gesellschaft Schweiz - Liechtenstein und stand an der Spitze des Verwaltungsrates der Telecom Liechtenstein. Sie war als Dozentin an der Universität Liechtenstein tätig und brachte ihr juristisches Wissen sowie ihre politische Erfahrung in den Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft des «Liechtensteiner Volksblatts» ein.

## Herzliches Beileid an die Familie

Die Fortschrittliche Bürgerpartei verliert mit Cornelia Gassner eine liebenswerte und lebensfrohe Persönlichkeit, die mit grossem Engagement ihre Aufgaben in der Politik erledigte, stets bedacht um einen Ausgleich bei umstrittenen Agenden. Wir trauern mit ihrem Mann Arthur, den Kindern und den Verwandten um Cornelia, die uns viel zu früh verlassen musste.

**Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)**



Als charismatische Gesprächspartnerin wird Cornelia Gassner in Erinnerung bleiben. Das Foto zeigt sie mit ihrem langjährigen guten Freund, dem Schweizer Altbundesrat Adolf Ogi. (Foto: Michael Zanghellini)

«Politik ist ein Kampf um die beste Lösung.»

CORNELIA GASSNER  
ALT-REGIERUNGSRÄTIN  
(VERSTORBEN AM 15. DEZEMBER 2016)



## Anteilnahme Abschied von Cornelia Gassner

**SCHAAN** Auch wir vom «Volksblatt»-Team sind sehr betroffen über den viel zu frühen Tod unserer ehemaligen Verwaltungsratspräsidentin. Cornelia Gassner stand von Juni 2013 bis Oktober 2015 in dieser Funktion der Liechtensteiner Volksblatt AG vor. Ihre menschliche Art und ihr tatkräftiger Einsatz wurden im Unternehmen sehr geschätzt. Aufgrund ihrer Erkrankung musste sie Ende 2015 das Mandat an ihren Mann Arthur übergeben, welcher noch immer als reguläres Mitglied im Verwaltungsrat ist. Ihm und seiner Familie sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus. Unser Foto zeigt Cornelia Gassner anlässlich eines Besuchs des Regierungschefs Adrian Hasler (links) beim «Volksblatt» im Februar 2015. Weiter auf dem Foto zu sehen sind Heinz Zöchbauer (damals «Volksblatt»-Geschäftsführer, Zweiter von rechts) und «Volksblatt»-Verwaltungsrat Bruno Matt (rechts). (Text: red; Foto: Nils Vollmar)

## Tarifstreit

### Ärzttekammer schickt Brief an alle Haushalte

**ESCHEN** Nach der Pressekonferenz vom letzten Dienstag, informiert die Ärztekammer nun auch noch per Wurfsendung die Bevölkerung über die geplanten Massnahmen. In einem Schreiben, welches gestern an alle Haushalte in Liechtenstein verschickt wurde, weist die Ärztekammer die Bevölkerung darauf hin, dass alle in Liechtenstein niedergelassenen Ärzte den neuen Krankenkassenverträgen (OKP) nicht beitreten werden. Dies bedeute für die Patienten, dass ab diesem Zeitpunkt die ärztlichen Leistungen nicht mehr wie bisher von den Krankenkassen übernommen würden. Das Abrechnungssystem ändere sich wie folgt: «Ab 1. Januar 2017 werden die Ärzte die Behandlungskosten direkt den Patienten in Rechnung stellen. Wir empfehlen Ihnen, Ihre Krankenkasse zu kontaktieren, um die Rückerstattung der Kosten zu klären.» Weiter schreibt die Ärztekammer: «Wir Ärzte haben einen Eid geschworen, dessen oberstes Gebot die Gesundheit unserer Patienten ist. Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Sie weiterhin diejenige Behandlung bekommen, die Sie benötigen.» Unterschrieben ist der Brief mit «Die Liechtensteinische Ärztekammer im Namen aller niedergelassenen Ärzte». Hintergrund sind unterschiedliche Auffassungen darüber, wie das neue Krankenversicherungsgesetz umgesetzt werden soll. Die Ärzteschaft wehrt sich gegen eine von der Regierung angekündigte Verordnung. (dq)

## Adrian Hasler: «Das falsche Zitat ärgert mich sehr»

**Konflikt** Die Fronten zwischen Ärztekammer, Ministerium und Krankenkassenverband sind verhärtet. Mit einer falsch zitierten Aussage des Regierungschefs Adrian Hasler goss das «Vaterland» zusätzlich Öl ins Feuer.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Vertreter der VU, der DU und der Freien Liste haben gestern gefordert, dass Sie den Konflikt mit der Ärzteschaft zur Chefsache erklären. Es ist aber schon ziemlich viel Geschirr zerschlagen, denken Sie, dass Sie da noch was kitten können?

**Adrian Hasler:** Ich bin zuversichtlich, dass es eine Lösung für die offenen Fragen gibt. Was es braucht, ist ein Aufeinanderzugehen aller Beteiligten. Dafür setze ich mich jetzt persönlich ein. Ich werde beim Gespräch zwischen dem zuständigen Ministerium und dem Vorstand der Ärztekammer dabei sein und mir die Anliegen der Ärztekammer selbst anhören. Denn ich möchte ganz genau wissen, wo die Differenzen liegen.

Im «Vaterland» hiess es am Mittwoch, Sie hätten gesagt, Sie wünschten sich vom Christkind eine neue Ärztekammerpräsidentin. Darüber haben sich einige Leserbriefschreiber entsetzt. Ich war an der Diskussion dabei und habe entsprechende Tonaufnahmen nochmals nachgehört. Sie sagten: «Ich wünsche mir vom Christkind eine Ärztekammerpräsidentin, die mit

der Regierung spricht.» Das ist schon ein Unterschied.

Ja, das ist ein grosser Unterschied. Ich wurde vom «Vaterland» falsch zitiert. Das falsche Zitat ärgert mich sehr, denn gerade in dieser angespannten Situation hat dies zu einer zusätzlichen Verhärtung der Fronten geführt. Mein Ziel ist es, die Situation zu entschärfen und eine Lösung zu finden.

**Denken Sie, dass sich Ihr Wunsch erfüllen wird? Ärztekammerpräsidentin Ruth Kranz-Candrian spricht ja schon lange nicht mehr mit Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini. Spricht sie mit Ihnen?**

Ich wünsche mir einen konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten und hoffe, dass Ruth Kranz-Candrian das Angebot zum Gespräch annimmt. Ich bin jedenfalls bereit, die Hand für eine Lösung zu reichen.

**Wie wird es jetzt weitergehen? Die Zeit drängt. Schliesslich sagen die Ärzte, dass ihre OKP-Verträge ab Januar keine Gültigkeit mehr haben. Wie es konkret weitergeht, werden wir erst nach den Gesprächen wissen. Ich bin überzeugt, dass alle Beteiligten an einer Lösung interessiert sind. Wichtig ist, dass die Patienten weiterhin ihren Arzt aufsuchen können und die Krankenkassen die Rechnungen begleichen. Ich setze mich dafür ein, dass dieser Konflikt nicht zulasten der Bevölkerung geht.**

Regierungschef Adrian Hasler: «Mein Ziel ist es, die Situation zu entschärfen und eine Lösung zu finden.» (Foto: Paul Trummer)

Vor rund elf Jahren haben die Ärzte ganz ähnlich reagiert und sich damit erfolgreich gegen die Einführung des Tarmed gewehrt. Könnte sich diese Geschichte nochmals wiederholen?

Der Landtag hat im Rahmen der Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) den Tarmed gesetzlich verankert. Auch in der Volksabstimmung wurde die KVG-Revision angenommen. Die Ärzteschaft hat anlässlich ihrer Pressekonferenz bestätigt, dass sie die Einführung des Tarmed akzeptiert. Somit kann der Tarmed nicht Gegenstand der Diskussion sein.

**Knackpunkt ist laut der Ärztekammer die Verordnung, welche flankierend dazu in Kraft treten soll. Gibt es diese Verordnung bereits? Die müsste ja in der letzten Regierungssitzung vor Weihnachten verabschiedet werden.**

Es gibt derzeit einen Entwurf der Verordnung und dieser wurde der Ärztekammer zur Stellungnahme zugestellt. Die Ärztekammer hat sich zu verschiedenen Punkten kritisch geäussert. Eignigen For-

derungen wurde bereits entsprochen. Die verbleibenden offenen Themen gilt es jetzt gemeinsam zu diskutieren. Auch das trägt dazu bei, Klarheit zu schaffen und den Konflikt zu entschärfen.

**Welchen Spielraum hat die Regierung mit dieser Verordnung überhaupt? Was ist vorgesehen?**

Die Verordnung bezweckt, einzelne Gesetzesbestimmungen zu konkretisieren. Die Regierung hat insofern Spielraum, als dass sie sich im Rahmen des KVG bewegen muss. Innerhalb dieses Rahmens kann die Regierung engere oder offenere Vorgaben machen. Wenn ich nach den Gesprächen konkret weiss, wo der Schuh drückt, dann kann die Regierung im Rahmen des KVG auch den Spielraum nutzen.

